

Weichenstellungen in der politischen Ethik des Protestantismus
in der DDR in den 1970er Jahren und ihre Auswirkungen auf
dessen Verhältnis zur EKD

Veronika Albrecht-Birkner

Einstieg

Im Advent 1976 schrieb der vier Jahre zuvor pensionierte Generalsuperintendent für die Neumark und die Niederlausitz Günter Jacob¹ in Fürstenwalde/Spree das Vorwort zu einer Publikation, die im Jahr darauf unter dem Titel „Weltwirklichkeit und Christusglaube. Wider eine falsche Zweireichelehre“ in Gestalt eines schmalen blauen Bändchens im Evangelischen Verlagswerk in Stuttgart erschien². Als Anlass für seine Publikation nannte er „theologische und kirchenpolitische Strömungen, die in der DDR in jüngster Zeit das öffentliche Feld in Presse, Rundfunk und auf gesellschaftlichen Foren mehr und mehr besetzt“ hätten. Genauer handle es sich um eine „von Theologen und Kirchenmännern, die sich als progressiv bezeichnen, abseits eines lutherischen Erbes seit etwa 1972 neu entdeckte Zweireichelehre“, die sich dadurch selbst empfehle, „daß sie Kirchen und den einzelnen Christen ein konfliktfreies Leben in einer religiösen Enklave jenseits des Geländes der Weltwirklichkeit in ihren politischen und gesellschaftlichen Dimensionen“ verheiße. Jacobs Beitrag habe in der DDR nicht gedruckt werden dürfen, weshalb er ihn „[n]ach der innerkirchlichen Vervielfältigung“ nun in der Bundesrepublik publiziere – „in der Hoffnung, daß die Leser in der ‚westlichen Welt‘ an diesen uns gemeinsam auferlegten Auseinandersetzungen partnerschaftlich teilnehmen werden.“ Sie seien „gebeten, analoge Abwege und Irrwege in ihrer eigenen Situation kritisch zu erkennen und es sich nicht mit einer billigen Polemik gegen Gefährdungen kirchlichen

-
- 1 Zu Günter Jacob wurde an der Universität des Saarlandes unter der Leitung von Michael Hüttenhoff ein von der DFG gefördertes Forschungsprojekt durchgeführt, in dessen Ergebnis einzelne kleinere v. a. Internetpublikationen vorgelegt wurden (<http://www.uni-saarland.de/lehrstuhl/huettenhoff/jacob-projekt/veroeffentlichungen.html>; abgerufen am 21.06.2015).
 - 2 *Jacob*, Günter: *Weltwirklichkeit und Christusglaube. Wider eine falsche Zweireichelehre*. Stuttgart 1977, 7. Hier auch die folgenden Zitate.

Lebens und christlicher Existenz im *corpus sozialisticum* zu leicht zu machen!“

Jacob verblüffte mit offener Kritik an sog. progressiven, also systemtreuen, Theologen in der DDR und dem Anspruch, zugleich westlichen Lesern Lehren erteilen zu wollen³. Für konservative Ohren in der Bundesrepublik dürften seine Botschaften sämtliche Klischees erfüllt haben, die man mit einem „Linksprotestanten“ auch in den eigenen Reihen verband⁴. Westdeutsche Linke dürften dementsprechend Jacobs Publikationen als Bestärkung eigener Positionen in der EKD begrüßt haben. Wie aber stellten sich aus bundesrepublikanischen Perspektiven der einen und der anderen Art die Positionen in der DDR dar, von denen Jacob sich vehement abgrenzte? Waren es im Vergleich zu Jacob so etwas wie ‚noch linkere‘ oder ‚falsche‘ Linksprotestanten? Oder unterschieden sich die politisch-ethischen Positionen von Protestanten in der DDR aus westdeutscher Perspektive vielleicht gar nicht in dem Maße, wie Jacob das aus der Binnenperspektive wahrnahm?

Weichenstellungen politischer Ethik im Protestantismus der DDR in den frühen 1970er Jahren

a) Zwei-Reiche-Lehre(n)

Was Jacob in seiner Publikation als „seit etwa 1972 neu entdeckte Zweireichelehre“⁵ kritisch in den Blick nahm, waren einerseits Äußerungen von SED- und CDU-Regierungsmitgliedern wie Hermann Matern, Paul Verner und Gerald Götting, die seit den frühen 1970er Jahren explizit auf die theologische Denkfigur der Zwei-Reiche-Lehre zurückgriffen, um die Kirchen auf einer konsequenten Beschränkung

3 Vgl. mit ähnlicher Intention schon: *Jacob*, Günter (Hg.): Predigten in den Kirchen der DDR. Hamburg 1973.

4 Vgl. hierzu: *Fitschen*, Klaus u. a. (Hg.): Die Politisierung des Protestantismus. Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland während der 1960er und 70er Jahre (AKiZ B 52). Göttingen 2011; *Widmann*, Alexander Christian: Wandel mit Gewalt? Der deutsche Protestantismus und die politisch motivierte Gewaltanwendung in den 1960er und 1970er Jahren (AKiZ B 56). Göttingen 2013.

5 Vgl. Anm. 2.

auf geistliche Belange zu behaften⁶. In der Hauptsache aber ging es ihm um die Auseinandersetzung mit Universitätstheologen wie dem Rostocker Ökumeniker und Kirchenhistoriker sowie CDU-Kader Gert Wendelborn, die der ‚progressiven‘ Interpretation der Zwei-Reiche-Lehre die theologischen Argumente lieferten⁷. Am ausführlichsten setzte sich Jacob in diesem Zusammenhang mit dem an der Berliner Humboldt-Universität lehrenden Theologen Gerhard Bassarak auseinander⁸. Bassarak publizierte seit den frühen 1970er Jahren mehrere Artikel, in denen er die Unterscheidung von „Heil“ und „Wohl“ für die Forderung von Nichteinmischung der Kirche in staatliche Belange stark machte⁹.

Dieser Befund bedeutet freilich nicht, dass es im Protestantismus der DDR in den 1970er Jahren neben Jacob nicht auch andere Voten gegen diese Versuche, mit Zwei-Reiche-Lehre-Argumentationen eine systemkonforme Kirche zu einzufordern, gegeben hätte. Zu nennen wären an dieser Stelle v. a. die Landesbischöfe Werner Krusche (Kirchenprovinz Sachsen) und Gottfried Noth (Sachsen)¹⁰. Die mit der Zwei-Reiche-Lehre auf Systemkonformität drängenden Stimmen konnten demgegenüber aber auch deswegen nicht als marginal eingeschätzt werden, weil sie mit neuerlichen Bemühungen um eine

6 *Jacob*, Weltwirklichkeit (wie Anm. 2), 10–12; vgl. hierzu auch *Falcke*, Heino: Bemerkungen zur Funktion der Zweireichelehre für den Weg der evangelischen Kirchen in der DDR. In: Duchrow, Ulrich (Hg.): *Zwei Reiche und Regimente*. Gütersloh 1977, 65–78, hier 71–73.

7 Vgl. z. B. *Wendelborn*, Gert: *Versöhnung und Parteilichkeit. Alternative oder Einheit*. Berlin 1974.

8 *Jacob*, Weltwirklichkeit (wie Anm. 2), v. a. 22–26.

9 *Bassarak*, Gerhard: Zur Frage nach theologischem Inhalt und Interpretation von „Heil heute“ in einer sozialistischen Gesellschaft. In: *ZdZ* 5 (1973), 161–172; *Ders.*: Heil heute und Wohl des Menschen. In: *Standpunkt* 8 (1974), 201–207; vgl. hierzu *Falcke*, Bemerkungen (wie Anm. 6), 75f.; *Bulisch*, Jens: *Evangelische Presse in der DDR. „Die Zeichen der Zeit“ (1947–1990)* (AKiZ B 43). Göttingen 2006, hier v. a. 355f.

10 Vgl. *Noth*, Gottfried: Zur Diskussion um die Zwei-Reiche-Lehre. In: *ZdZ* 27 (1973), 121–125; *Krusche*, Werner: Heil heute. In: *ZdZ* 5 (1973), 172–181. Zur Zwei-Reiche-Lehre in der DDR auch im Folgenden s. *Albrecht-Birkner*, Veronika: *Die Zwei-Reiche-Lehre in der DDR* [im Druck in der Tagungsdokumentation „Die lutherische Zwei-Reiche-Lehre in politischen Kontexten des 20. Jahrhunderts“, Loccum Februar 2015].

Fortsetzung des in den 1960er Jahren um den Thüringer Bischof Moritz Mitzenheim als Repräsentationsfigur erfolgreich etablierten „Thüringer Weges“ als staatskonformen landeskirchlichen Alleingangs in Zusammenhang standen. Seit der Mitte der 1970er Jahre erhielt der Chefredakteur der Thüringer Kirchenzeitung Herbert von Hintzenstern „für seine Bemühungen um die Fortsetzung des ‚Thüringer Weges‘“ mehrfach hohe staatliche Ehrungen¹¹. Der in den frühen 1970er Jahren von SED-Staat und MfS gezielt aufgebaute potentielle Bischofskandidat Oberkirchenrat Walter Saft votierte 1974 mit der Zwei-Reiche-Lehre dezidiert gegen ein politisches „Wächteramt“ der Kirche, das er als „Ekklesiokratie“ bezeichnete¹².

Der zu dieser Zeit amtierende Thüringer Bischof Ingo Braecklein plädierte anlässlich des 25-jährigen Bestehens der DDR für einen Rekurs auf die „biblischen Erkenntnisse[n] der lutherischen Zwei-Reiche-Lehre“ speziell im Blick auf die aus seiner Sicht anstehende Überlegung, „was die auf der Bundessynode 1971 in Eisenach ausgesprochene Feststellung besagt, daß wir nicht gegen oder neben dem Sozialismus, sondern Kirche *im* Sozialismus sind“, sowie die Frage nach der „Definition des Begriffes ‚sozialistischer Staatsbürger christlichen Glaubens‘“¹³. Sein Votum lautete: „die Kirche und ihre Glieder“ hätten „die gesellschaftliche Situation und die staatliche Realität, in der sie in der Deutschen Demokratischen Republik existieren, von dem Gott her anzunehmen [...], der der Herr über Kirche *und* Staat ist, und der als Herr der Geschichte seit 25 Jahren die gesellschaftliche und staatliche Wirklichkeit der Deutschen

11 Remy, Dietmar: Sekt, Pralinen und echte Schildkrötensuppe. Die Versuche der DDR-Staatsorgane, der Kirchenleitung die Fortsetzung des „Thüringer Weges“ schmackhaft zu machen. In: Seidel, Thomas A. (Hg.): Gottlose Jahre? Rückblicke auf die Kirche im Sozialismus der DDR (HerChr.S 7). Leipzig 2002, 69–83, hier 78.

12 Saft, Walter: Die Zwei-Reiche-Lehre Luthers im ökumenischen Gespräch der Gegenwart. In: ABIEKTh 27 (1974), 165–168, Zitate 166f. u. 168; vgl. zu Saft Bilke, Jörg B.: Oberkirchenrat Walter Saft. Eine verdrängte IM-Vergangenheit. In: Gerbergasse 18. Thüringer Vierteljahresschrift für Zeitgeschichte und Politik 53/II (2009), 30.

13 Braecklein, Ingo: 25 Jahre DDR [aus dem Bericht der II. Generalsynode der VELKDDR]. In: ZdZ 28 (1974), 361. Hier auch das folgende Zitat.

Demokratischen Republik den Einzelchristen und der Kirche als Bewährungsraum in gehorsamer Nachfolge gesetzt“ habe.

b) „Kirche im Sozialismus“

Die Formel „sozialistischer Staatsbürger christlichen Glaubens“ hatte Albert Norden, Mitglied des Politbüros des ZK der SED, 1972 auf einem Parteitag der CDU in Erfurt als neues Leitmodell für die SED-Kirchenpolitik eingebracht¹⁴. Die Formel „Kirche im Sozialismus“ hingegen firmierte seit den frühen 1970er Jahren bekannter Maßen in der Tat als von der Synode des Bundes der Kirchen in der DDR (BEK) abgesegnete Beschreibung ihres protestantischen Selbstverständnisses – Herkunft und Interpretation der Formel waren allerdings keineswegs so eindeutig, wie Braecklein es hier nahelegte¹⁵. Die aufschlussreichsten Recherchen hinsichtlich der Herkunft der Formel hat meines Wissens bislang Johannes Wallmann vorgelegt, der ihre erstmalige Verwendung 1958 in Ungarn, und zwar durch den systemtreuen Bischof Zoltán Káldy zitiert und zeigt, wie der Staatssekretär für Kirchenfragen, Hans Seigewasser, den Kirchen in der DDR seit 1968 eine Identifikation mit dieser Formel und somit eine Orientierung an der politischen Haltung der ungarischen Lutheraner nahelegen versuchte¹⁶.

Die eigentlichen Verwirrungen betreffen die Frage, wann der BEK diese ihm staatlicherseits als Loyalitätsbekundung nahe gelegte Formel tatsächlich übernommen hat. Die Behauptung, sie sei auf der Synode des BEK 1971 in Eisenach offiziell eingeführt worden, wie es

14 Vgl. *Thumser*, Wolfgang: Kirche im Sozialismus. Geschichte, Bedeutung und Funktion einer ekklesiologischen Formel (BHTh 95). Tübingen 1996, 40f.

15 Vgl. zu dieser Formel v. a. *Thumser*, Kirche (wie Anm. 14), 40f.; zudem *Schröder*, Richard: Der Versuch einer eigenständigen Standortbestimmung der Evangelischen Kirchen in der DDR am Beispiel der „Kirche im Sozialismus“. In: Deutscher Bundestag (Hg.): Rolle und Selbstverständnis der Kirchen in den verschiedenen Phasen der SED-Diktatur (Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ VI/2). Baden-Baden / Frankfurt a. M. 1995, 1164–1429; *Heidingsfeld*, Uwe-Peter: „Kirche im Sozialismus“ zwischen Anpassung und Widerstand. Die Westperspektive. In: Seidel, Jahre (wie Anm. 11), 159–174.

16 Vgl. *Wallmann*, Johannes: Kirchengeschichte Deutschlands seit der Reformation. Tübingen 2006, 306.

Braecklein bereits 1974 behauptete, und wie es auch in der Literatur häufig zu lesen ist, ist nämlich nicht richtig¹⁷. Vielmehr hatte Albrecht Schönherr als Vorsitzender der Konferenz der Kirchenleitungen (KKL) in seinem Bericht vor der Synode 1971 davon gesprochen, dass eine „Zeugnis- und Dienstgemeinschaft von Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik [...] ihren Ort genau zu bedenken“ habe: „In dieser so geprägten Gesellschaft, nicht *neben* ihr, nicht *gegen* sie.“¹⁸ Und der Mecklenburgische Landesbischof Heinrich Rathke hatte in seinem Referat unter dem Leitgedanken der Synode „Kirche für andere“ genauer erläutert, was „Zeugnis und Dienst der Gemeinde“ bedeuten sollten¹⁹.

Überhaupt war die Synode vom Juli 1971 auf der einen Seite zwar von dem Bewusstsein geprägt, mit dem Empfang des BEK-Vorstandes am 24. Februar 1971 durch Seigewasser, der zwei Jahre nach der Gründung des BEK nun dessen staatliche Akzeptanz bedeutete, als evangelische Kirchen „eine neue Stufe“ im „Verhältnis zu unserem Staat“ erreicht zu haben²⁰. Andererseits darf nicht übersehen werden, dass wenige Tage nach dem Empfang (am 1. März 1971) eine neue Veranstaltungsverordnung in Kraft getreten war, der gemäß sich der Staat vorbehielt zu definieren, was „religiöse

17 Hierauf haben, soweit ich sehe, zuerst *Heidingsfeld*, Kirche (wie Anm. 15), 161 und *Wallmann*, Kirchengeschichte (wie Anm. 16), 302f. hingewiesen.

18 *Das Verhältnis zu Staat und Gesellschaft*. Aus dem Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vor der Synode des Bundes im Juli 1971. In: Sekretariat des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (Hg.): Kirche als Lerngemeinschaft. Dokumente aus der Arbeit des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR. Berlin 1981, 172f., hier 172.

19 Kirche für andere – Zeugnis und Dienst der Gemeinde. Landesbischof Dr. Heinrich Rathke (Schwerin) vor der Bundessynode im Juli 1971 in Eisenach. In: Sekretariat des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, Kirche (wie Anm. 18), 173–184.

20 Beschluss der Synode des Kirchenbundes vom 6. Juli 1971 zu den ihr vorliegenden Tätigkeitsberichten. In: KJ 98 (1971), 285f., hier 285. Die Anerkennung des BEK verdankte sich offensichtlich dem wachsenden Einfluss Honeckers (Staatsratsvorsitzender ab Mai 1971), der seit Januar 1971 gezielt die Entmachtung Ulbrichts betrieb (vgl. *Mau*, Rudolf: Der Protestantismus im Osten Deutschlands [1945–1990] [KGE IV/3]. Leipzig 2005, 108). Zudem spielte die Anerkennung des Antirassismusprogramms des ÖRK durch den BEK offenbar eine wichtige Rolle (vgl. hierzu Anm. 59).

Handlungen“ seien, und via Erlaubnispflicht für alle Veranstaltungen, die aus seiner Sicht nicht unter diese Rubrik fielen, massive Reglementierungen eingeführt hatte²¹. Die Synode vom Juli 1971 hat sich dieser Verordnung unter Berufung auf den in den „Kirchen der Reformation“ geltenden „unveräußerlichen Grundsatz des ‚Allgemeinen Priestertums aller Gläubigen‘“ und ihre daraus resultierende Ablehnung einer „Kult- und Priesterkirche“ in bemerkenswerter und in der Geschichte des BEK möglicherweise einzigartiger Kommissioslosigkeit widersetzt²². Diese Widersetzlichkeit wurde 1972 weiter durchgehalten und – wie ein vom 19. Januar 1972 datierendes „Merkblatt zur Verordnung über die Durchführung von Veranstaltungen vom 26.11.1970“ „[a]n alle Pfarrer unseres Aufsichtsbereiches“, mit dem man von Seiten der Berlin-Brandenburgischen Kirchenleitung auf die „zunehmende Anzahl der Ordnungsstrafbescheide, die gegen Pfarrer aufgrund der Verordnung [...] erlassen werden“, reagierte, zeigt – in der theoretischen Fundierung und in Gestalt praktischer Handlungsanleitungen auch noch weiter vertieft²³.

21 Verordnung über die Durchführung von Veranstaltungen vom 26. November 1970 [in Kraft getreten am 1.3.1971]. Abgedruckt u. a. in: ABIELKG Nr. 5, 28. Mai 1971, 49–52, Zitat 50.

22 Beschluß der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der Deutschen Demokratischen Republik zur ‚Verordnung über die Durchführung von Veranstaltungen‘. Vom 6. Juli 1971. In: *Falkenau*, Manfred (Hg.): Kundgebungen. Worte, Erklärungen und Dokumente des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR. Bd. 1: 1969–1980. Hannover 1995, 58f., Zitat 58. Die Verordnung löste die VVO von 1951 ab.

23 Das sechs Schreibmaschinenseiten umfassende „Merkblatt“ liegt mir aus dem Nachlass von Brigitte und Manfred Metz, Usedom, vor. Es benennt deutlich, dass „es nicht Sache der Volkspolizeidienststellen“ sei, „darüber zu entscheiden, was Gottesdienst ist“ (2). Es wird von einem Gespräch zwischen Vertretern des BEK und dem Staatssekretariat für Kirchenfragen vom 5.1.1972 berichtet, in dem den Kirchenvertretern mitgeteilt worden war, „daß über das Thema nicht mehr diskutiert werden könne“ und dass „eine Kommentierung des klaren Gesetzestextes [...] nicht Sache der Kirche“ sei, weshalb die „kirchliche Auslegung [...] nicht akzeptiert“ und die KKL aufgefordert werde, „ihren Auslegungsbeschluß“ aufzuheben (5). Dem folgt im „Merkblatt“ aber lediglich der unmissverständliche Satz: „Die Konferenz ist dieser Aufforderung nicht gefolgt.“ (ebd.).

Aufgrund der im Juli 1971 kirchenpolitisch ambivalenten Lage verwundert es nicht, dass die Bundessynode die vom Staat gewünschte Übernahme der Formel „Kirche im Sozialismus“ zur Beschreibung der eigenen kirchlichen Identität eben nicht vollzog. In klarem Bewusstsein der politischen Konnotationen, die damit verbunden gewesen wären, verweigerte sich Schönherr diesem Ansinnen zu diesem Zeitpunkt vielmehr dezidiert. In seiner Autobiografie berichtet er, dass Seigewasser ihn „im Anschluß an die Synode von 1971“ „zu einem weiteren Schritt“ habe „ermuntern“ wollen mit den Worten: „Sie werden nun doch bald sagen: ‚Kirche im Sozialismus‘“²⁴. Schönherr habe hierauf geantwortet: „Nein, das werden wir nicht tun. Die Kirche kann sich nicht mit irgendeinem gesellschaftlichen System verbinden. Das geht gegen die Freiheit des Evangeliums.“ In einem Brief vom 7. Juni 2001 an Wallmann hat Schönherr aber behauptet, es habe sich hier um einen Druckfehler in seiner Biografie gehandelt, über den er „wirklich sehr ärgerlich“ sei²⁵. Eigentlich habe dort „für den Sozialismus“ stehen müssen. So aber sei der Eindruck entstanden, „[w]ir hätten [ab 1973, d. Vf.in] einen Satz aufgenommen und bejaht, den ich zuerst [1971, d. Vf.in] ausdrücklich verworfen habe“.

Abgesehen davon, dass die Behauptung, es habe sich hier um einen „Druckfehler“ gehandelt, wenig plausibel ist²⁶, sprechen viele Beobachtungen dafür, dass genau der aus Schönherrs Sicht von 2001 zu vermeidende Eindruck – dass es nämlich erst nach 1971 in Gestalt der Akzeptanz der Formel „Kirche im Sozialismus“ speziell durch

24 *Schönherr*, Albrecht: ... aber die Zeit war nicht verloren. Erinnerungen eines Altbischofs. Berlin 1993, 378. Hier auch das folgende Zitat.

25 Brief von Albrecht Schönherr an Johannes Wallmann, 7.6.2001, zitiert in einem Schreiben Wallmanns an die Vf.in vom 31.7.2012. Hieraus auch die folgenden Zitate.

26 Hiervon geht auch Wallmann aus. Aus einem „für den“ wird durch einen Druckfehler schwerlich ein „im“. Zudem hätte Schönherr eine so gravierende Änderung in seinem Text beim Korrekturlesen der Druckfahnen selbst auffallen müssen. Wallmann berichtet, Schönherr habe ihm in diesem Zusammenhang „eine lange Liste von Berichtigungen“ übersandt, die nach seiner Vermutung „deutlich von dritter Hand (vermutlich von Friedrich Winter) für nötig gehalten wurden“ und in einer zweiten Auflage der Autobiografie berücksichtigt werden sollten (Wallmann an Albrecht-Birkner [wie Anm. 25]).

Schönherr und allgemein durch den BEK in der Tat zu einer erheblichen Veränderung in der Positionierung des BEK gekommen ist – den historischen Abläufen am nächsten kommt, in der Retrospektive offensichtlich aber unbedingt verhindert werden sollte und soll. Die Vehemenz, mit der Schönherr wie auch andere DDR-Kirchen-Historiker im Gegensatz zu Schönherr's eigener anfänglicher Interpretation betont haben und betonen, es habe sich bei „Kirche im Sozialismus“ lediglich um eine „Ortsbestimmung“ gehandelt,²⁷ bestätigen im Grunde gerade das klare Bewusstsein dafür, dass eine reine Ortsbestimmung keineswegs „Kirche im Sozialismus“ hätte lauten müssen und dürfen. Tatsache ist, dass die Formel offiziell erst im Bericht der KKL vor der Synode des Bundes vom Mai 1973 in Schwerin auftauchte („Wir wollen nicht Kirche *neben*, nicht *gegen*, sondern *im* Sozialismus sein.“), zugleich aber davon die Rede war, dass sie so bereits „auf der Synode des Bundes in Eisenach 1971 gebraucht“ worden sei²⁸. In seiner Autobiografie schreibt Schönherr, die Formel sei „nach meinen Ausführungen bei der Synode des Bundes [...] 1971 in Eisenach“ „in Umlauf“ gekommen²⁹. Rudolf Mau

27 Vgl. z. B. *Schönherr, Zeit* (wie Anm. 24), 373–378; *Mau, Rudolf: Eingebunden in den Realsozialismus? Die Evangelische Kirche als Problem der SED.* Göttingen 1994, 221, Anm. 53; Interview mit Albrecht Schönherr in „Berliner Gespräche“, 1997 (vgl. <http://www.luise-berlin.de/bms/bmstxt97/9711spra.htm>, abgerufen am 27.6.2015). In der DDR-CDU-Zeitschrift „Der Standpunkt“ hatte Schönherr noch 1988 hingegen erklärt: „Aber ‚Kirche im Sozialismus‘ kann nicht nur im geographischen Sinn verstanden werden. Sonst genügte ja der Ausdruck ‚Kirche in der DDR‘. Das wäre reine Banalität, höchstens zu verstehen als Gegenposition gegen die selbstverordnete Blindheit des Antikommunismus, der nicht wahrhaben will, daß jenseits des ‚eisernen Vorhangs‘ nicht nur verdorrte oder gefolterte, sondern tätige Kirche ist.“ (*Schönherr, Albrecht: Kirche im Sozialismus. Signaturen des Gesprächs vom 6. März 1978.* In: *Standpunkt* 16 [1988], H. 3, 61–66, hier 62).

28 *Wegsuche im sozialistischen Gesellschaftssystem der DDR.* Aus dem Bericht der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen vor der Synode des Bundes im Mai 1973 in Schwerin. In: Sekretariat des BEK in der DDR, *Kirche* (wie Anm. 18), 184–186, hier 185.

29 *Schönherr, Zeit* (wie Anm. 24), 375.

spricht im Blick auf das Aufkommen der Formel von einem „nun [1973, d. Vf.in] zur Formel gewordene[n] Ausdruck“³⁰.

c) „Kirche für andere“

Diese sehr vagen Angaben über das Aufkommen der Formel „Kirche im Sozialismus“ für den Kurs des BEK in der DDR als quasi zufälligem Vorgang, der angeblich zugleich keine Bedeutungsverschiebung gegenüber der tatsächlichen Ortsbestimmung von 1971 „in dieser so geprägten Gesellschaft“ bedeutet habe, führen zu der Frage, wie diese Entwicklung zu erklären und innerhalb der politisch-ethischen Positionierungen des Protestantismus in der DDR der 1970er Jahre tatsächlich einzuordnen ist. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die retrospektive Eintragung der Formel „Kirche im Sozialismus“ im Bericht der KKL vor der Synode von 1973 in die Ergebnisformulierungen der Synode von 1971 im wahrsten Sinne des Wortes ein Zurück hinter die Dresdner Synode von 1972 bedeutete. Hier aber war keineswegs von „Kirche im Sozialismus“ die Rede gewesen. Vielmehr hatte Heino Falcke, zu diesem Zeitpunkt Direktor des Predigerseminars der EKU in Gnadau, in seinem Vortrag „Christus befreit – darum Kirche für andere“ dezidiert an das „Kirche für andere“ von 1971 angeknüpft – aber so, dass sein Referat bekanntlich zu einem massiven Anstoß für Partei- und Staatsführung geworden war³¹. Und das lag eben nicht daran, dass bei ihm von „Sozialismus“ nicht die Rede gewesen wäre, sondern daran, dass er (christologisch begründet!) von einem „verbesserlichen Sozialismus“ gesprochen, somit den „real

30 *Mau*, Protestantismus (wie Anm. 20), 111. Besonders verwirrend ist der bei *Schröder*, Versuch (wie Anm. 15), 1191 abgedruckte Nachweis der Formel aus dem Beschluss der Synode von 1971 (unter Verweis auf KJ 98 [1971], 285), insofern sich das von Schröder gebotene vermeintliche Zitat („In Zeugnis- und Dienstgemeinschaft lernen, was es heißt: Nicht Kirche neben, nicht gegen, sondern im Sozialismus zu sein ...“) weder auf der von ihm angegebenen Seite noch im Beschluss der Synode von 1971 generell findet.

31 *Falcke*, Heino: Christus befreit – darum Kirche für andere. Hauptreferat auf der Synode des Kirchenbundes 1972 in Dresden. In: *Ders.*: Einmischungen. Aufsätze, Reden und Vorträge aus 40 Jahren. Hg. v. Albrecht-Birkner, Veronika / Stobbe, Heinz-Günther. Leipzig 2014, 83–103; *Ders.*: Die Synode des Kirchenbundes in Dresden 1972. Bericht eines Beteiligten (2007). In: *Ders.*, Einmischungen, 104–123. Hier auch das Folgende.

existierenden Sozialismus“ kritisiert und den Anspruch erhoben hatte, dass die Kirche zur Definition und Gestaltung von Sozialismus auch etwas beizutragen habe. Diese Haltung wurde von staatlicher Seite nicht als sozialistisch gewürdigt, sondern mit dem Vorwurf eines „revisionistischen Sozialdemokratismus“ belegt³². Gemeint war damit eine positive Rezeption der neuen Politik der sozialliberalen Koalition in der Bundesrepublik gegenüber dem Ostblock, die als perfide ideologische Unterwanderung der DDR und Angriff auf die Einheit des Ostblocks eingeordnet wurde³³. Zugleich traf Falcke der Vorwurf der „Dubček-Ideologie“³⁴.

Sowohl während der mehrmonatigen Vorbereitungen als auch im Verlauf der Synode wurde von staatlicher Seite so massiv Einfluss auf das kirchliche Geschehen genommen, dass sich Falckes Position in den Beschlüssen der Synode schließlich nicht mehr spiegelte. Diese Einflussnahme erfolgte sowohl durch das MfS – also vor allem die Informellen Mitarbeiter unter den Synodalen³⁵ – als auch durch Gespräche „mit verantwortlichen Vertretern des Bundes, in denen die prinzipiellen Bedenken des Staates zum Ausdruck gebracht und auf

32 Vgl. *Neubert*, Ehrhart: Kirche und Sozialismus – Zur Situation in der DDR. In: Osterkamp, Jana / Schulze, Renate (Hg.): Kirche und Sozialismus in Osteuropa. Wien 2007, 9–27, hier 23. Im Gegensatz dazu war zur Eisener Synode von 1971 resümiert worden, dass „Theorien des ›vermenschlichten Sozialismus‹ oder andere sozialdemokratische Auffassungen‘ nicht zum Tragen gekommen seien“ (Information der AG Kirchenfragen vom 16.8.1971 an das Politbüro, zitiert nach *Mau*, Protestantismus [wie Anm. 20], 109).

33 Vgl. *Mau*, Rudolf: Der Weg des Bundes 1969 bis 1989 als Problem der SED. In: Seidel, Jahre (wie Anm. 11), 35–46, hier: 38f. Im Dezember 1972 war auf staatlicher Seite davon die Rede, dass „auf allen Herbstsynoden der Landeskirchen ein Anwachsen von Tendenzen zu bemerken [sei], die sozialdemokratischen Thesen folgen“ (zit. nach *Schröder*, Versuch [wie Anm. 15], 1347).

34 Vgl. *Neubert*, Kirche (wie Anm. 32), 23.

35 In einer „politisch-operativen Einschätzung“ von Seiten des MfS zur Dresdener Bundessynode vom 6./7.7.1972 wurde „mit Zufriedenheit konstatiert, dass von ‚10 Diskussionsrednern, die sich mit unterschiedlicher Konsequenz kritisch mit dem Referat‘ Falckes befasst hätten, ‚über die Hälfte inoffizielle Mitarbeiter‘ gewesen seien“ (*Silomon*, Anke: Anspruch und Wirklichkeit der „besonderen Gemeinschaft“. Der Ost-West-Dialog der deutschen evangelischen Kirchen 1969–1991 [AKiZ B 45]. Göttingen 2006, 189, Anm. 88).

die Folgen aufmerksam gemacht wurde“³⁶. Eines der offensichtlich entscheidenden Gespräche mit Vertretern der KKL fand am 26. Juni 1972 bei Seigewasser statt. Hier sprach Schönherr – jedenfalls laut anschließender „Information“ durch den Staatssekretär – mehrfach von „Kirche(n) im Sozialismus“, nahm den Anspruch eines kirchlichen Wächteramtes gegenüber der Gesellschaft als „unglücklich“ zurück und erwog, dass der Ausdruck „gesellschaftliches Engagement richtiger“ als der der „kritischen Solidarität“ sei³⁷. Im Ergebnis der Synode wurde in einer „Beratung mit dem verantwortlichen Präsidium [...] beim Stellvertreter des Vorsitzenden für Inneres des Rates des Bezirkes Dresden“ „der staatliche Standpunkt zum Verlauf der Synode dargelegt“ und „die Erwartung ausgesprochen, daß 1. dieses Referat nicht als Grundlage für die Arbeit der Kirchen in der DDR bestätigt wird, 2. dieses Referat in der kirchlichen Öffentlichkeit nicht propagiert und verbreitet werden kann, 3. die konstruktive Linie der 3. Bundessynode 1971 in Eisenach weitergeführt wird.“³⁸

36 *Barth*, Willi: Information über den Verlauf und die Ergebnisse der 4. Tagung der Synode des Bundes der evangelischen Kirchen in der DDR, 5.7.1972, zitiert nach *Falcke*, Christus (wie Anm. 31), 120.

37 Information über das Gespräch des Staatssekretärs mit dem Vorstand des Bundes der evangelischen Kirchen in der DDR am 26.6.1972, zitiert nach *Thumser*, Kirche (wie Anm. 14), 391 (die vollständige „Information“ ist abgedruckt in: *Hartwig*, Frédéric [Hg.], bearb. v. Dohle, Horst: SED und Kirche. Eine Dokumentation ihrer Beziehungen. Bd. 2: SED 1968–1989 [HTSt 2/2]. Neukirchen-Vluyn 1995, 197–210). Die von Seigewasser protokollierten Antworten spiegeln den auf Seiten des Staatssekretärs offensichtlich registrierten Erfolg der staatlichen Gesprächsstrategie. Rudolf Mau hingegen resümiert zu dem Gespräch, dass Schönherr „die Eigenständigkeit des christlichen Zeugnisses („Kirche muß Kirche bleiben“) betont“ habe (*Mau*, Protestantismus [wie Anm. 20], 113). Mit dem hinzugefügten Zitat „Kirche muß Kirche bleiben“, das sich im Gesprächsprotokoll nicht findet, erweckt Mau den Eindruck, Schönherr sei hier mit einer in der Tradition der Bekennenden Kirche zu verortenden Widerständigkeit aufgetreten.

38 *Barth*, Information, nach *Falcke*, Christus (wie Anm. 31), 120.

d) BEK-Kurskorrekturen

Es liegt auf der Hand, dass in diesen Vorgängen die Hintergründe und die Erklärung für den 1973 tatsächlich erfolgten Rückgriff auf die BEK-Synode von 1971 und die Konstruktion einer nahtlosen Anknüpfung an diese zu suchen sind. Vermutlich hatte das uneingeschränkte Einschwenken des BEK auf den staatlicherseits gewünschten Kurs ab 1973 zudem mit zwei Ereignissen im Frühjahr 1973 selbst zu tun: Zum einen erhielt Schönherr als Vorsitzender der KKL am 22. Mai – also ganz kurz vor der vom 26. bis 29. Mai tagenden Synode – die offizielle Mitteilung, dass die Veranstaltungsverordnung vom 26. November 1970 / 1. März 1971³⁹ zurückgenommen werde (wirksam ab 1. Juni 1973)⁴⁰. Es liegt sehr nahe, dass dieser Vorgang auf BEK-Seite den Eindruck erweckte und erwecken sollte, dass mit dem SED-Staat letztlich doch zu verhandeln war und Vorbehalte deshalb nicht mehr angebracht seien. Ebenso ist denkbar, dass der Rücknahme der Veranstaltungsverordnung intern getroffene Zusagen der KKL gegenüber Seigewasser bezüglich des künftigen BEK-Kurses bereits vorausgegangen waren⁴¹. Dabei wäre zum anderen zu berücksichtigen, dass der KKL an der staatlich gewünschten Distanzierung von dem Görlitzer Bischof Hans-Joachim Fränkel lag, der sich in seinem am 1. März 1973 auf der Görlitzer Synode gehaltenen Referat unter dem Thema „Ein Wort zur öffentlichen Verantwortung der Kirchen in der gegenwärtigen Stunde“ u. a. kritisch zum Führungsanspruch der SED und eine zu große Anpassung der Kirchen an den SED-Staat geäußert hatte⁴².

39 S. Anm. 21.

40 Vgl. Rundschreiben des BEK an die Gliedkirchen des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR, Berlin, 23.5.1973 (Nachlass Metz [wie Anm. 23]).

41 Das Politbüro hatte die Zurücknahme der Veranstaltungsverordnung bereits am 28.3.1973 beschlossen. Zum Beschluss hatte „Paul Verner geraten, um einem befürchteten kirchlichen Einspruch gegen die UN-Aufnahme der DDR zu begegnen“; OKR Lotz/Eisenach hatte sich gegen ein Einlenken des Staates gewandt (*Mau*, Protestantismus [wie Anm. 20], 114, Anm. 59).

42 In: KJ 100 (1973), 182–190. Vgl. zu diesem Vortrag und anderen tendenziell systemkritischen Äußerungen Fränkels bis 1977 *Thumser*, Kirche (wie Anm. 14), 122, 251–253, 401f. u. ö.; *Mau*, Protestantismus (wie Anm. 20), 113f. Zu Fränkels Beitrag Das Zeugnis der Bibel in seiner Bedeutung für die Menschenrechte. In: epd-Dokumentation Nr. 20 (5.5.1975), 21–31 (= KJ 101 [1975], 496–501) s. *Neubert*, Kirche (wie Anm. 32), 20f.

Ein Symptom für den Kurswechsel des BEK ist vermutlich auch schon in dem Verbot der KKL zu sehen, das vom Ausschuss „Kirche und Gesellschaft“ des BEK erarbeitete Papier „Zeugnis und Dienst der evangelischen Christen und Kirchen in der sozialistischen Gesellschaft der DDR“ vom Januar 1973 innerkirchlich zu publizieren⁴³. Richard Schröder bemerkt: „Eine Weiterarbeit an dem Dokument, die Berücksichtigung von Stellungnahmen und eine reguläre Verabschiedung durch ein kirchliches Gremium sind nicht erfolgt.“⁴⁴ Von „Kirche im Sozialismus“ war in diesem Dokument nicht die Rede, sondern – unter dezidiertem Bezugnahme auf die Bundessynode von 1971 – vom „Ort“ und vom „Bewährungsfeld“ des Bundes „im Bereich der sozialistischen Gesellschaft der DDR“ (172). Den ersten Abschnitt, überschrieben mit „Situation als Herausforderung“, eröffneten Sätze, die als klare Distanzierung von der sozialistischen Ideologie verstanden werden mussten: „Theologie und Verkündigung für die sozialistische Gesellschaft können nicht sozialistische Theologie und Verkündigung werden. Sie werden zwar Themen aufgreifen, die auf der Tagesordnung dieser Gesellschaft stehen, aber so etwas wie einen ‚religiösen Überbau‘ für diese

43 Vgl. *Schröder*, Versuch (wie Anm. 15), 1196–1200. Der Text des Dokuments ebd., 1251–1271. Vorsitzender des Ausschusses war zu diesem Zeitpunkt der damalige Studiendirektor des Predigerseminars Lückendorf, Günter Krusche. Der Text des hier genannten Papiers stammte aber v. a. von Falcke und dem Berliner Propst Siegfried Ringhandt (Auskunft von Heino Falcke gegenüber der Vf.in in einer E-Mail vom 15.7.2015). Vgl. zu diesem Profilpapier auch *Haspel*, Michael: Politischer Protestantismus und gesellschaftliche Transformation. Ein Vergleich der Rolle der evangelischen Kirchen in der DDR und der schwarzen Kirchen in der Bürgerrechtsbewegung in den USA. Tübingen / Basel 1997, 134–143, v. a. 136–140.

44 *Schröder*, Versuch (wie Anm. 15), 1196. Wenn Schröders Angaben stimmen, ist die entsprechende Einleitung zu der der BEK-Tradition verpflichteten Edition des Textes aus den frühen 1990er Jahren („Die Konferenz beschloß auf ihrer Sitzung am 12./13. Januar 1973, das Papier als Diskussionsanregung für die Gremien des Bundes und andere Gremien, die an den Fragen arbeiten, freizugeben.“) als deutlich geschichtsglättend einzuordnen (Demke, Christoph [Hg.]: Zwischen Anpassung und Verweigerung. Dokumente aus der Arbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR. Hg. im Auftr. d. Rates der EKD. Leipzig ²1995, 172–192, hier 172). Seitenangaben im Folgenden aus dieser Edition.

Gesellschaft werden sie nicht liefern können.“ (ebd.) In „situationanalytischen Stichworte[n]“ (173) wurde u. a. die „Verdrängung der Institution Kirche aus dem öffentlichen Bereich“ als „ideologisch begründete[r] ‚Emeritierung‘“, die „von dem soziologischen Phänomen der Entkirchlichung unterschieden werden“ müsse, thematisiert (177). Auch das im September 1976 vom Ausschuss „Kirche und Gesellschaft“, nun unter der Leitung von Falcke, verfasste sog. „Ideologiepapier“ mit ausführlichen Reflexionen zu Sozialismusbegriffen und -praxen⁴⁵ hat sich der BEK weder zu eigen gemacht noch innerkirchlich veröffentlicht⁴⁶.

Dass der kirchenoffizielle „Kirche-im Sozialismus“-Kurs des BEK seit 1973 keineswegs bedeutete, dass es hierzu keine Anfragen und Abgrenzungen in der BEK-Synode und in der KKL gegeben hätte, ließe sich auch an anderen Beispielen zeigen. Beispielhaft sei hier noch die von Rahel Frank nachgewiesene Tatsache erwähnt, dass in der mecklenburgischen Landeskirche statt von „Kirche im Sozialismus“ weiterhin dezidiert von „Kirche für andere“ die Rede war⁴⁷. Der mecklenburgische Bischof Rathke war den staatlichen Beobachtern schon 1971 durch die Formulierung, dass er „nur für Menschen, nicht für ...ismen eintreten“ könne, aufgefallen⁴⁸. Bemerkenswert sind auch die Klarstellungen zur Formel „Kirche im Sozialismus“ auf der Bundessynode von 1977 unter Anknüpfung an die tatsächliche Formulierung von 1971⁴⁹.

e) Kontinuitäten

Die verschiedenen politisch-ethischen Positionen, die sich in den frühen 1970er Jahren im Protestantismus der DDR herausbildeten, stan-

45 Überlegungen des Ausschusses „Kirche und Gesellschaft“ zu den Fragen der 2. Tagung der II. Synode des BEK vom Sept./Okt. 1974: [...] Wie ist das Verhältnis des christlichen Glaubens zu Ideologien zu bestimmen? (1976). In *Schröder*, Versuch (wie Anm. 15), 1271–1296.

46 Vgl. *Schröder*, Versuch (wie Anm. 15), 1197 u. 1201–1204; ediert in Demke, Anpassung (wie Anm. 44), 192–217.

47 Vgl. *Frank*, Rahel: „Realer, exakter – präziser?“ Die DDR-Kirchenpolitik gegenüber der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs von 1971 bis 1989. Schwerin 2004, v. a. 93–97.

48 Zitiert nach *Schröder*, Versuch (wie Anm. 15), 1212f.

49 Vgl. ebd., 1191f.

den in Kontinuitäten zu theologischen Weichenstellungen, die sich bereits in den 1960er Jahren vollzogen hatten. Im Falle Falckes und anderer, die auf einer ideologiekritischen, wächteramtlichen Position der Kirche gegenüber dem Staat beharrten, betraf dies insbesondere die „Zehn Artikel über Freiheit und Dienst der Kirche in der DDR“ von 1963 – der einzigen offiziellen Äußerung der KKL in der DDR zu Fragen der politischen Ethik, die es je gegeben hat⁵⁰. Im Falle des von Schönherr geprägten offiziellen Kurses des BEK handelte es sich vor allem um die in Reaktion auf die „Zehn Artikel“ und unter Aufnahme einer Kritik von Karl Barth an diesen verfassten „Sieben Sätze[n] von der Freiheit der Kirche zum Dienen“, in denen das „Dienen“ als für die Kirche maßgebliche und der Freiheit übergeordnete Signatur dargestellt worden war. Dies hatte die explizite Widerlegung möglicher Argumente für eine ideologiekritische Rolle der Kirche eingeschlossen.

Wie stark Schönherr im Kurs des BEK in den 1970er Jahren eine Umsetzung der „Sieben Sätze“ von 1963 gesehen hat, hat er 1988 deutlich formuliert: „Es wird nicht verborgen geblieben sein, daß vieles, was in den Sieben Sätzen angelegt ist, in Verlautbarungen des Bundes der Evangelischen Kirchen anklingt und konkretisiert wird.“⁵¹ Das sei in den „Aussagen über die Friedensproblematik besonders deutlich“; diese seien in den „Sieben Sätzen“ „wesentlich gefüllter“ als in den „Zehn Artikeln“. Vor allem aber habe „die Einladung, christliche Freiheit in mehr Gelassenheit zu praktizieren, auf dem Weg des Bundes der Ev. Kirchen hilfreich gewirkt.“ Die „Zehn Artikel“ hätten „einer [in den 1960er Jahren, d. Vf.in] gegenwärtigen, weit verbreiteten Stimmung trotziger, manchmal ängstlicher Abwehr“ entsprochen. Die „Sieben Sätze“ aber würden der Tatsache gerecht werden, dass „der glaubende Christ [...] im Atheismus keine seinen Glauben in Frage stellende Bedrohung mehr sehen“ könne. Zentrale Aussagen dieses Artikels hat Schönherr auch in seine 1993 erschienene Autobiografie übernommen⁵².

50 Vgl. zu den 10 Artikeln und zum Folgenden (7 Sätze) *Albrecht-Birkner*, *Zwei-Reiche-Lehre* (wie Anm. 10), Abschnitt 4.

51 *Schönherr*, *Albrecht*: Vor fünfundzwanzig Jahren: Die „Zehn Artikel“ und die „Sieben Sätze“. In: *ZdZ* 42 (1988), 294–298, hier 298. Hier auch die folgenden Zitate.

52 Vgl. *Schönherr*, *Zeit* (wie Anm. 24), 199–204.

Um solche Aussagen richtig einordnen zu können, muss berücksichtigt werden, dass die „Sieben Sätze“ vom Weißenseer Arbeitskreis (WAK) – also jenem Kreis ‚progressiver‘ Theologen mit einem Schwerpunkt an der Humboldt-Universität – stammten, für die meist vor allem Hanfried Müller und Rosemarie Müller-Streisand genannt werden⁵³. Seltener kommt in den Blick, dass Schönherr den Weißenseer Arbeitskreis nicht nur 1958 mitbegründet hatte, sondern bis 1967 auch der Vorsitzende von dessen Leiterkreis gewesen war und diesen als seinen „Braintrust“ bezeichnet hatte⁵⁴. Die „Sieben Sätze“ von 1963 entsprechen bei Lichte besehen durchaus den von Müller vertretenen Positionen – insbesondere einer Bonhoeffer-Rezeption, die in Übertragung von Bonhoeffers religionsloser Welt auf den atheistischen SED-Staat im Grunde jeglichem Agieren der Kirche in der Welt als Versuchen unsachgemäßer „Klerikalisierung“ derselben die Legitimation absprach⁵⁵.

Entwicklungen der 1970er Jahre im deutsch-deutschen Kirchenkontext

Die „Kirche im Sozialismus“ kam in der Bundesrepublik unmittelbar nach deren offizieller Einführung auf der BEK-Synode von 1973 in Gestalt der von Reinhard Henkys herausgegebenen Zeitschrift gleichen Namens an⁵⁶. Diesen Titel hatte Henkys selbst erfunden, ohne

53 Vgl. zu Müller *Albrecht-Birkner*, Zwei-Reiche-Lehre (wie Anm. 10) [Lit.].

54 So Müller, Hanfried: Vom „offiziellen Samisdat“ zur „registrierten Zeitschrift“. Die Weißenseer Blätter. In: Zwischen „Mosaik“ und „Einheit“. Zeitschriften in der DDR. Berlin 1999, 648–653, hier 649.

55 Vgl. *Krütke*, Wolf: Dietrich Bonhoeffer als Theologe der DDR. Ein kritischer Rückblick. In: Rendtorff, Trutz (Hg.): Protestantische Revolution? Kirche und Theologie in der DDR. Ekklesiologische Voraussetzungen, politischer Kontext, theologische und historische Kriterien. Vorträge und Diskussionen eines Kolloquiums in München, 26.–28.3.1993 (AKiZ B 20). Göttingen 1993, 295–309, hier 304f.; *Thumser*, Kirche (wie Anm. 14), 263–268.

56 Vgl. hierzu und zum Folgenden *Henkys*, Reinhard: „Kirche im Sozialismus“ für den Westen. In: Seidel, Jahre (wie Anm. 11), 175–179; *Heidingsfeld*, Kirche (wie Anm. 15), 163–165; *Schumann*, Rosemarie / *Heise*, Joachim: Ein schwieriges Kapitel evangelischer Publizistik im geteilten Berlin. In: Dies. (Hg.): Reinhard Henkys – Brückenbauer zwischen West und Ost. Eine Dokumentation seiner Beiträge in der Zeitschrift „Kirche im Sozialismus“. Mit

sich darüber mit der EKD oder dem BEK abzustimmen. Er hatte damit das Anliegen verbunden, mit seiner Zeitschrift nicht von vornherein Misstrauen beim SED-Staat und MfS zu wecken. Tatsächlich fiel Henkys, der beim Evangelischen Pressedienst der EKD seit dem Mauerbau für die Berichterstattung über die Kirche in der DDR verantwortlich war, mit dieser Zeitschrift und anderen Publikationen⁵⁷ auf lange Sicht eine Schlüsselrolle für den Informationstransfer von Ost nach West zu.

Als eine Marginalie kann man die Tatsache, dass Informationen über die protestantischen Kirchen in der DDR seit 1973 in Westdeutschland ausgerechnet unter der Formel erschienen, die soeben als Ergebnis einer sich anbahnenden BEK-Spitzendiplomatie eingeführt worden und innerhalb des DDR-Protestantismus durchaus umstritten war, nicht bezeichnen. Der Titel musste den Eindruck stärken, dass der entscheidende Wesenszug des Protestantismus in der DDR eine positive Beziehung zum Sozialismus war – dass es sich hierbei also um eine mehr oder weniger geschlossene Formation jenes Linksprotestantismus handelte, der in der Bundesrepublik unter dem Verdikt der Politisierung gerade massiv in die Kritik gekommen war. Solche Verbindungen lagen schon aufgrund der Tatsache nahe, dass systemnahe Theologen aus der DDR wie Bassarak und Müller z. B. in der Zeitschrift „Stimme der Gemeinde“ in Frankfurt/Main publizierten und damit als Vorzeigelinke aus dem Osten im Westen auftraten⁵⁸.

persönlichen Erinnerungen von Jürgen Henkys an seinen Bruder. Berlin 2012, 11–47, hier v. a. 41–46.

57 Vgl. v. a. *Henkys*, Reinhard (Hg.): Die Evangelischen Kirchen in der DDR. Beiträge zu einer Bestandsaufnahme. München 1982; *Ders.*: Gottes Volk im Sozialismus. Wie Christen in der DDR leben. Berlin 1983; *Ders.*: Thesen zum Wandel der gesellschaftlichen und politischen Rolle der Kirchen in der DDR in den siebziger und achtziger Jahre. In: Glaebner, Gert Joachim (Hg.): Die DDR in der Ära Honecker. Politik – Kultur – Gesellschaft. Opladen 1988, 332–353.

58 Vgl. u. a. *Müller*, Samisdat (wie Anm. 54), 651; *Bassarak*, Gerhard: Pflicht und Grenze des Gehorsams gegenüber atheistischer Obrigkeit. In: Stimme 12 (1960), 439–446. Auch differenziert argumentierende Beiträge wie z. B. *Falcke*, Bemerkungen (wie Anm. 6) spielten in der Bundesrepublik zweifellos eine linksprotestantische Positionen unterstützende Rolle.

Dass auch der 1969 gegründete BEK linken Tendenzen folgte, war in der EKD vermutlich der dominierende Eindruck, seitdem dieser 1971 dem Antirassismusprogramm (ARP) des ÖRK zur Unterstützung auch gewaltbereiter politischer Befreiungsbewegungen zugestimmt hatte. Claudia Lepp hat vor diesem Hintergrund resümiert, dass die Einstellung zum ARP in „der öffentlichen Wahrnehmung [...] der zentrale Differenzpunkt zwischen den beiden deutschen Kirchenbünden während der siebziger Jahre“ gewesen sei⁵⁹. Vermutlich muss man hier auch Verbindungen sehen zu den Reaktionen in der EKD auf die in den ostdeutschen protestantischen Kirchen seit der Gründung des BEK intensiv geführten interkonfessionellen Lehrgespräche, die unter Bezugnahme auf die Leuenberger Konkordie der Suche nach gemeinsamen Positionen den Vorrang gegenüber dem Beharren auf konfessionellen Lehrinhalten zu geben begannen⁶⁰. Im DDR-Kontext muss man dies zweifellos als Reaktion auf deren Erfahrungen mit der erfolgreichen ‚Differenzierungspolitik‘ der SED gegenüber den Kirchen in den 1960er Jahren und der Rolle der Instrumentalisierung theologischer Denkmodelle⁶¹ dabei interpretieren. Bei der EKD aber dürfte diese Entwicklung den Eindruck einer konfessionstheologischen Verflachung geweckt haben, wie man sie im ‚Linksprotestantismus‘ ohnehin vermutete.

59 *Lepp, Claudia*: Einübung in die Partnerschaft. Die Evangelische Kirche in Deutschland und der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR in den 1970er Jahren. In: *Stegmann, Andreas* (Hg.): Die Evangelische Kirche in Deutschland in den 1970er Jahren. Beiträge zum 100. Geburtstag von Helmut Class. Leipzig 2015, 255–274, v. a. 258–260, Zitat 260. Nach den Recherchen von Alexander Christian Widmann ist davon auszugehen, dass die Anerkennung des BEK durch die DDR-Regierung in direktem Zusammenhang mit der Anfang 1971 erfolgten Zustimmung des BEK zum ARP stand (vgl. *Widmann, Wandel* [wie Anm. 4], 325–335, v. a. 327).

60 Vgl. *Hüffmeier, Wilhelm* (Hg.): Rechtfertigung und Kirchengemeinschaft. Die Lehrgespräche im Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR. Hg. im Auftrag des Präsidiums der Union Ev. Kirchen in der EKD. Leipzig 2006.

61 Vgl. hierzu u. a. *Neubert, Erhart*: Zur Instrumentalisierung von Theologie und Kirchenrecht durch das MfS. In: *Vollnhals, Clemens* (Hg.): Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Berlin ²1997, 329–352, hier v. a. 342–352.

Die EKD mahnte ein von den DDR-Kirchen erarbeitetes, eigenes theologisches Grundsatzpapier an⁶².

Insgesamt aber setzte sich in den 1970er Jahren, wie Claudia Lepp anhand des Umgangs von BEK und EKD mit den Fällen Oskar Brüsewitz und Wolfgang Defort und mit aus der DDR ausreisenden Pfarrern sowie dem Ausbau des ohnehin schon immensen finanziellen Hilfsprogramms der West- für die Ostkirchen gezeigt hat⁶³, eine Kooperation zwischen BEK und EKD durch, die eine Stabilisierung des Kurses des BEK bedeutete. BEK und EKD agierten im Fall Brüsewitz gemeinsam gegen die Gefahr einer „propagandistische[n]‘ Verwendung des Namens Brüsewitz“ (263) im Zusammenhang mit der Gründung des Brüsewitz-Zentrums in Bad Oeynhausen durch antikommunistische Kräfte in der Bundesrepublik. Im Anschluss dankte Schönherr der EKD für dieses Zusammenstehen und fügte hinzu: „Es bestand die Gefahr, daß wir voneinander und die Kirchenleitungen in der DDR von ihren Gemeinden getrennt werden.“ (264) Und im Fall von Defort, der nach seiner Flucht aus dem Gefängnis in Cottbus in einem Pfarrhaus der DDR Zuflucht gesucht hatte und nach Verrat durch einen Pfarrer erneut inhaftiert worden war, wurden disziplinarische Maßnahmen gegen die beteiligten Pfarrer hinfällig, nachdem ein „Gutachten des Kirchenrechtlichen Instituts der EKD [...] im Januar 1978 zu dem Ergebnis“ gekommen war, „daß evangelischerseits für Kirchen und Pfarrhäuser noch nie Asylrecht in Anspruch genommen worden ist und auch nicht in Anspruch genommen werden“ könne (266).

Diese Beispiele zeigen, wie bestimmte Interessenkonvergenzen zwischen BEK und EKD in den 1970er Jahren faktisch den staatsharmonischen Kurs des BEK unterstützten. Dieser aber entsprach einer neuen und sehr erfolgreichen Kirchenpolitik der ‚Differenzierung‘ in der DDR – nämlich der zwischen einer kirchlichen Spitzendiplomatie und einer kirchlichen Basis, an der mit Brüsewitz erstmalig erhebliche Kritik am SED-Staat laut geworden

62 Vgl. *Beintker*, Michael: Der theologische Ertrag und die bleibende Bedeutung der Lehrgespräche im Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR. In: Hüffmeier, Rechtfertigung (wie Anm. 60), 9–28, hier: 15f.

63 Vgl. *Lepp*, Einübung (wie Anm. 59), 261–273. Seitenangaben im Folgenden aus diesem Beitrag.

war⁶⁴. Durchschaute jemand in der Bundesrepublik diesen Zusammenhang? Und wenn ja: Unterstützte man mit dem BEK noch immer bewusst eine Form von Linksprotestantismus oder stellten hier sich nicht längst – mehr oder weniger bewusst – konservative Interessenkonvergenzen ein? Dass die EKD mit dem „Kirchengeschäft A“, also dem Dreiecksgeschäft zwischen EKD, BEK und DDR-Volkswirtschaft zum Zweck der Aufrechterhaltung volkscirchlicher Strukturen in der DDR, auch den SED-Staat faktisch dauerhaft unterstützte, wurde ohnehin von allen Seiten billigend in Kauf genommen.

„Das Gespräch von 1978“

Aus der Perspektive des SED-Staates war durch die Selbstverbrennung von Brüsewitz in der DDR die schon in früheren Jahren befürchtete Gefahr einer „Polarisierung in den Kirchen“ gegeben, die „auf eine Kirchenspaltung“ und somit „auf die Entstehung einer sozialismusfeindlichen Bekennenden Kirche hinauslief“ – was dem mittlerweile erworbenen internationalen Standing der DDR erheblich geschadet hätte⁶⁵. Es wurden im ZK der SED deshalb intensive Überlegungen angestellt, wie es gelingen könnte, die „realistischen [gemeint sind die staatsloyalen, d. Vf.in] Kräfte‘ in der Kirche ‚so zu stärken, daß sie konterrevolutionären Mißbrauch der Kirchen [gemeint sind systemkritische Äußerungen, d. Vf.in] tatsächlich und effektiv ausschließen könnten“⁶⁶. Insbesondere das friedenspolitische Engagement des BEK sollte so beeinflusst werden, dass es „nicht mit der ständigen Formulierung sozialismuskritischer Positionen verknüpft werden konnte“. Noch das zehnjährige Jubiläum des in der DDR-Presse als Normalisierung des Staat-Kirche-Verhältnisses stili-

64 Heino Falcke hat die im Zusammenhang mit dem Fall Brüsewitz in der BEK-Synode entstandenen „Irritationen“ verglichen mit denen, die 1972 in Bezug auf sein Referat und denen, die 1982 um die teilweise Rücknahme der Aktion „Schwerter zu Pflugscharen“ entstanden sind (vgl. *Falcke*, Christus [wie Anm. 31], 123).

65 *Doble*, Horst: Grundzüge der Kirchenpolitik der SED zwischen 1968 und 1978. Dissertation (B) [masch.]. Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, 1988, 162, zit. n. *Mau*, Eingebunden (wie Anm. 27), 68.

66 *Doble*, Grundzüge (wie Anm. 65), 165, zitiert nach *Mau*, Eingebunden (wie Anm. 27), 70. Das folgende Zitat bei *Doble*, ebd., 71.

sierten Gesprächs von 1978 feierte man 1988 parteiintern als „Beleg für die ‚taktische Reife‘ der SED“⁶⁷. Für den Erfolg dieser Taktik sorgte bekanntlich insbesondere Manfred Stolpe als Leiter des Sekretariats des BEK, der wohl nicht zufällig 1978 mit der Verdienstmedaille der DDR ausgezeichnet worden war⁶⁸.

Der Erfolg, den das Gespräch von 1978 aus der Sicht des SED-Staates ebenso wie in der zeitgenössischen Wahrnehmung einiger Kirchenleute und bis heute in der DDR-Kirchengeschichtsschreibung darstellt(e), darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass es die erhoffte flächendeckende Befriedung systemkritischer Stimmen in der Kirche gerade nicht mit sich brachte. Vielmehr spricht vieles dafür, dass das Ausmaß an Staatsloyalität, das der Schönherr-Stolpe-Kurs des BEK hiermit erreicht hatte, nicht nur für einzelne Pfarrer wie Reinhard Steinlein oder Ulrich Woronowicz⁶⁹ das Maß des Erträglichen überschritten hatte. Kritische Stimmen, insbesondere zum faktischen Alleingang des Vorsitzenden der KKL an dieser Stelle und die damit verbundene auch innerkirchliche Geheimdiplomatie erhoben sich vielmehr in der Kirchenleitung selbst – dies lässt sich zwischen den Zeilen z. B. der Dokumentation der Auseinandersetzungen in der Bundessynode im September 1978 über die

67 *Doble*, Grundzüge (wie Anm. 65), 168, zitiert nach *Mau*, Eingebunden (wie Anm. 27), 71. Von einer Entwicklung zur „Normalität“ bzw. von „Normalisierung“ sprach 1988 auch Schönherr (vgl. *Schönherr*, Kirche [wie Anm. 27], 65f.). Vgl. zu den „Gesprächen“ und der Taktik der Suggestion besonderer Vertrauensverhältnisse und Dialoge einzelner Mitglieder der DDR-Kirchenleitung mit Staatsvertretern *Neubert*, Instrumentalisierung (wie Anm. 61), 331–337 und *Thumser*, Kirche (wie Anm. 14), 272–276.

68 Vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Manfred_Stolpe; Abruf am 3.7.2015.

69 Vgl. *Steinlein*, Reinhard: Die gottlosen Jahre. Berlin 1993, v. a. 119–126; *Ders.*: „Obrigkeit“, „Nation“ und „Politische Verantwortung der Kirche“. Die Bedeutung dieser Begriffe nach den Erfahrungen in zwei deutschen Diktaturen. In: Erfahrungen aus zwei Diktaturen in Deutschland und unsere politische Verantwortung im demokratischen Rechtsstaat heute [...] (Idea-Dokumentation 1/1997). Wetzlar 1997, 46–56. Zu Woronowicz vgl. *Neubert*, Kirche (wie Anm. 32), 20; sowie *Ders.*: „Von der Freiheit eines Christenmenschen“. Protestantische Wurzeln widerständigen Verhaltens. In: Poppe, Ulrike u. a. (Hg.): Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR. Berlin 1995, 224–243, hier 228.

Einführung des Wehrunterrichts entnehmen⁷⁰. Die deutlichsten Worte fand wohl der sächsische Bischof Johannes Hempel in einem Brief an Schönherr vom 14. April 1978⁷¹. Er brachte zum Ausdruck, dass er Schönherr einem von Staat ausgehenden „objektiven Sog“ ausgesetzt sehe“, dem gemäß sich „aufgrund des zentralistischen Aufbaus des DDR-Systems“ und der daraus resultierenden Bevorzugung von Verhandlungen mit Einzelnen auf kirchlicher Seite faktisch analoge Strukturen ausbilden würden (274). Als Symptom hierfür beobachte er das Fehlen der „föderativen Impulse“ (ebd.). Hempel selbst sei „gegen eine hierarchisch agierende Kirche und für eine mannschaftliche“ – Schönherr schaffe als Vorsitzender der KKL aber andere „Traditionen“, die künftig nur schwer zu „korrigieren“ seien (274f.)⁷².

Strukturell ging es hier um Weichenstellungen, die Fundamente des Kirchenverständnisses betrafen, und bei denen es zu teils fatalen Synergien zwischen dem staatlichen Interesse an Einflussnahme auf die Kirchen via Einzelpersonen und offensichtlichen Anfälligkeiten bei Kirchenleuten für einen Vorrang autoritärer vor synodal-demokratischen Strukturen in der Kirche gekommen ist⁷³. Diese Zusammenhänge erklären, weshalb in den 1980er Jahren Kritik von Gruppen unter dem Dach der Kirche an autoritären Leitungs-

70 Vgl. epd-Dokumentation 42/43, 1978, 22–27, v. a. 26 mit Anm. 2.

71 Vgl. *Silomon*, Anspruch (wie Anm. 35), 274f. Seitenangaben im Folgenden aus diesem Band.

72 Zur Übertragung autoritär-hierarchischer Leitungsvorstellungen auf die Kirche von staatlicher Seite vgl. auch *Man, Weg* (wie Anm. 33), 44. Zu dem von Johannes Hempel selbst v. a. in den 1980er Jahren verfolgten Kurs im Kontext des „Sächsischen Weges“ vgl. v. a. *Engelbrecht*, Sebastian: Kirchenleitung in der DDR. Eine Studie zur politischen Kommunikation in der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens 1971–1989 (AKThG 6). Leipzig 2001.

73 Vgl. *Neubert*, Instrumentalisierung (wie Anm. 61), 337–339. In den 80er Jahren betraf dies in besonders eklatanter Weise die Neuauflage des „Thüringer Weges“ durch Bischof Horst Gienke in Gestalt des „Greifswalder Weges“ (vgl. hierzu *Saß*, Rahel von: Der „Greifswalder Weg“. Die DDR-Kirchenpolitik und die Evangelische Landeskirche Greifswald 1980 bis 1989. Schwerin 1998).

strukturen in Kirche *und* Staat vielfach Hand in Hand gingen⁷⁴ und andersherum eben diese Kritik die Bedeutung der Amtskirche in der Wahrnehmung des Staates auch noch einmal wachsen ließ⁷⁵.

Das „Gespräch von 1978“, das vor allem in den späten 1980er Jahren neben der Formel „Kirche im Sozialismus“ von staatlicher Seite so etwas wie eine Beschwörungsformel für einen wieder herzustellenden Staat-Kirche-Konsens wurde, löste als solcher von Anfang an aber nicht nur auf kirchlicher Seite Kritik aus. Neben Irritationen bei der DDR-CDU, die ihre Rolle als staatsnächste christliche Gruppierung weiter relativiert sah⁷⁶, betraf dies vor allem den Weißenseer Arbeitskreis, der die Sache des Sozialismus gleichermaßen durch Staat und Kirche verraten sah. Müller sprach von „Klerikalsozialismus“⁷⁷ als neuem „Bündnis zwischen Dom und Rathaus“, wies wegen analoger Formulierungen durch die Deutschen Christen in der NS-Zeit in diesem Zusammenhang auch die Formel „Kirche im Sozialismus“ zurück und sah sich dabei von Seiten des SED-Staates mit dem Vorwurf konfrontiert, sich „sektiererisch“ zu verhalten, anstatt Schönherrs „realistischen Positionen“ zur Durchsetzung zu verhelfen⁷⁸. Im Blick auf Schönherrs Verhältnis zum WAK sprach Müller von „Verrat“. Tatsächlich hatte sich Schönherr aus dem WAK wohl seit dem Ende der 1960er Jahre

74 Vgl. hierzu z. B. *Seidel*, Thomas A.: „Thüringer Weg“ und „Thüringer Initiative“. Eine Regionalgruppe des Arbeitskreises Solidarische Kirche am Ende der DDR. In: Ders., *Jahre* (wie Anm. 11), 85–100.

75 Vgl. *Klein*, Thomas: „Frieden und „Gerechtigkeit!“ Die Politisierung der Unabhängigen Friedensbewegung in Ost-Berlin während der 80er Jahre. Köln u. a. 2007, 184f.

76 Vgl. *Mau*, Weg (wie Anm. 33), 44.

77 *Müller*, Samisdat (wie Anm. 54), 650. Müllers Sicht auf die kirchenpolitische Lage spiegelte sich mehr oder weniger eindeutig auch in mehreren Artikeln in den Weißenseer Blättern (vgl. *Wider die Resignation der Linken*. Stimmen gegen Antikommunismus, Konterrevolution und Annexion. [Kirchen- und Zeitgeschichte im Spiegel der Weißenseer Blätter. Nachdrucke aus den Jahren 1982–1992]. Hg. i. Auftr. d. Weißenseer Arbeitskreises [Kirchliche Bruderschaft in Berlin-Brandenburg]. Köln 1994, passim).

78 Information des Sekretariats für Kirchenfragen vom 10.6.1980 über ein Gespräch mit dem Leiterkreis des Weißenseer Arbeitskreises, zitiert nach *Klein*, Frieden (wie Anm. 75), 186, Anm. 303.

zurückgezogen⁷⁹. Dass er als Leitartikel zum Abschnitt „Gespräch mit dem Staat“ in seinem 1979 in der DDR erschienenen Aufsatzband dennoch „Thesen für den Weißenseer Arbeitskreis“ über „Das Zeugnis des Christen in der DDR“ vom Oktober 1960 publizierte, musste allerdings den Eindruck erwecken, dass er seinen mit dem Gespräch von 1978 gewissermaßen besiegelten Staat-Kirche-Kurs auch als richtige Interpretation der Anliegen des WAK präsentieren wollte⁸⁰.

Thesen

Politisch-ethische Positionierungen spielten im Protestantismus der DDR eine den theologischen Diskurs in hohem Maße bestimmende Rolle. Dabei kam es innerhalb des ostdeutschen Protestantismus zu erheblichen Differenzierungen, aufgrund derer es nicht sachgemäß ist, lediglich von „der ostdeutschen Theologie“ zu sprechen und diese am jeweiligen Kurs des BEK festzumachen. Vielmehr muss ein protestantischer Kirchenbegriff per se auch die Frage nach theologischen Positionen einbeziehen, die auf den verschiedenen kirchlichen Leitungsebenen, bei Mitarbeiter_innen, in Gemeinden und Gruppen vertreten wurden.

Das aus westdeutscher Perspektive sowohl zeitgenössisch als auch historiografisch auf den ostdeutschen Protestantismus häufig pauschal angewandte Label „Linksprotestantismus“ verdankt sich westdeutschen Prämissen und verhindert die notwendige Differenzierung im Blick auf die historischen Positionierungen. Auch eine Übertragung des auf ein westdeutsches konservatives Vorwurfsprofil der späten 1960er und der 70er Jahre gegen einen erstarkenden linken Flügel in der EKD zurückgehenden Labels „Politisierung“ auf den DDR-Protestantismus greift nicht, weil sie fälschlich voraussetzt, dass man sich zuvor ‚unpolitisch‘ verhalten hätte. Diese Denkooption verkennt, dass auch eine vermeintlich ‚unpolitische‘ Haltung namentlich in der Diktatur (aber nicht nur dort) eine politische ist.

⁷⁹ Vgl. die vagen Angaben hierzu bei *Schönherr*, *Zeit* (wie Anm. 24), 204.

⁸⁰ Vgl. *Schönherr*, *Albrecht*: *Horizont und Mitte. Aufsätze, Vorträge, Reden 1953–1977*. Berlin 1979, 248f.

Als politisch-ethische Position des BEK etablierte sich zwischen 1971 und 1973 ein Kurs der Harmonisierung von SED-Staat und Kirche, der unter den Schlagworten „Kirche im Sozialismus“ und „Das Gespräch von 1978“ den vom SED-Staat gewünschten Verzicht auf ein politisches „Wächteramt“ der Kirche zugunsten der Einnahme einer Haltung des „Lernens“ von der (im Sinne Bonhoeffers) mündig gewordenen Welt weitgehend leistete und als solcher von Seiten des Staates vor allem ab 1987 erneut vehement eingeklagt wurde. Er stellte in gewisser Weise die BEK-Variante des in der gesamten DDR-Zeit für den Staat attraktiven Kurses der ‚Differenzierung‘ zwischen den Landeskirchen („Thüringer Weg“; „Greifswalder Weg“) dar. Er verdankte sich der erfolgreichen Suggestion vertraulicher Kontakte zwischen einzelnen Kirchenmännern und Staatsvertretern bzw. dem MfS, bei dem die betreffenden Kirchenvertreter unter Ausblendung des rechtlosen Status der Kirche den Eindruck gewannen, in scheinbar partnerschaftlichen Dialogen für die Kirche Gutes zu bewirken. Entsprechend vertraten und vertreten sie auch nach dem Ende der DDR die Meinung, dass ihre häufig nachweisbare „inoffizielle“, also verdeckte Arbeit für das MfS politisch-ethisch kein Problem darstellt(e).

Vertretern staatsharmonischer Positionen im Protestantismus der DDR eignete in überraschender Parallelität zu ihren staatlichen Gesprächspartnern eine Bevorzugung autoritärer vor synodalen und föderativen, also demokratischen, Leitungsstrukturen. Die Dominanz dieser Positionen impliziert(e) sowohl zeitgenössisch als auch historiografisch eine Marginalisierung von Stimmen im ostdeutschen Protestantismus, die bereits seit den 1960er Jahren auf einem kritischen politischen Mandat einer mündigen Kirche bestanden, konkrete Kritik in verschiedener Form auch artikulierten und entsprechend als „feindlich-negative Kräfte“ vom MfS observiert und verfolgt wurden. In den 1980er Jahren formierte sich protestantische Kritik am autoritären SED-Staat deshalb vornehmlich in bottom-up-Initiativen (Gruppen, Offene Jugendarbeit, „Kirche von unten“), die zugleich eine fundamentale Kritik an top-down-Strukturen in der Kirche darstellten. Sie wurde in hohem Maß von der Generation der „Kinder des Kalten Krieges“⁸¹ getragen, zugleich aber von noch

81 Seidel, Weg (wie Anm. 74), 85

agierenden Vertretern der politischen und kirchlichen Opposition in der DDR der späten 1960er und der 70er Jahre und deren Impulsen⁸².

Die mit dem „Gespräch von 1978“ öffentlichkeitswirksam inszenierte Spitzendiplomatie zwischen Staat und BEK firmierte in der SED unter dem Label „Realismus“ und marginalisierte dauerhaft auch sog. progressive Theologen, die teils unter Rückgriff auf eine dualistische Zwei-Reiche-Lehre, teils unter Berufung auf eine barthianisch geprägte Königsherrschaft-Christi-Lehre dem SED-Staat zuvor das jeweils optimale Modell zur Domestizierung von Kirche und Christen zu liefern gemeint hatten. Teils gewannen diese offensichtlich den Eindruck, als konsequente Marxisten nun selbst eine Minderheit in einem opportunistisch gewordenen sozialistischen Staat darzustellen. Auf kirchlicher Seite führte v. a. die politische Vereinnahmung von Zwei-Reiche-Lehre und Lehre von der Königsherrschaft Christi seit den 1970er Jahren zu Versuchen, die Gegensätzlichkeit der Denkmodelle und ihrer konfessionellen Konnotationen zugunsten einer gestärkten Einheit zu überwinden. Einzelne lutherische Pfarrer und Bischöfe rekurrten aber weiterhin auch dezidiert auf die Zwei-Reiche-Lehre als theologisches Korrektiv zur Abwehr einer zu starken Anpassung der Kirche an den SED-Staat.

Politisch-ethische Positionierungen im deutschen Protestantismus der 1970er und 80er Jahre erfolgten quer zur Grenze zwischen BRD und DDR und implizierten auf beiden Seiten Instrumentalisierungen von Positionen von jenseits der Mauer im je eigenen Kontext. Davon abgesehen, entstanden tatsächliche Konvergenzen in politisch-ethischen Haltungen und Praxen, die sich durchaus in konservative und reformerische unterteilen lassen. Offizielle Kontakte und Gespräche zwischen BEK und EKD vollzogen sich weitgehend auf der Ebene eines konservativen Konsenses, der immer dann an seine Grenzen kam, wenn die damit jeweils verbundene tatsächliche politische Option der jeweils anderen Seite in Frage gestellt wurde.

82 Vgl. zum generationalen Aspekt u. a. *Wierling*, Dorothee: Opposition und Generation in Nachkriegsdeutschland. Achtundsechziger in der DDR und in der Bundesrepublik. In: Kleßmann, Christoph u. a. (Hg.): *Deutsche Vergangenheiten – eine gemeinsame Herausforderung. Der schwierige Umgang mit der doppelten Nachkriegsgeschichte*. Berlin 1999, 238–252.

Dies geschah aber vor allem durch kirchen- und gesellschafts-reformerische Stimmen, die sowohl in der DDR als auch in der Bunderepublik als unbequem galten. Diese Differenzen reichen als Differenzen innerhalb der EKD selbstredend über das Ende der DDR und des BEK hinaus.

Bereits am Ende der 1980er Jahre setzte eine Auto-Historiografie der protestantischen Kirchen in der DDR ein, die die politisch-ethischen Optionen der „Kirche im Sozialismus“ und des „Gesprächs von 1978“ zu verteidigen und innerkirchliche Differenzen aus der Retrospektive zu marginalisieren suchte⁸³. Nach dem Ende der DDR implizierte dies eine harmonisierende Subsumierung theologisch begründeter systemkritischer Positionen im BEK unter diesen Kurs und eine Tendenz zur Glorifizierung *des* Protestantismus bzw. *der* protestantischen Kirche als vom Staat getrennter Größe in der DDR⁸⁴. Diese Geschichtsschreibung hat ihr Gegenstück in einer westdeutschen Sicht auf den Protestantismus in der DDR, der diesen zu einem „problematischen Traditionsüberhang“ eines „alten sozialromantischen Gemeinwohlglau[n]s“ erklärt und davon ausgeht, dass er von einem – gewissermaßen historisch ins Recht gesetzten – liberalen Individualismus überwunden worden sei⁸⁵. Hier wie auch bei Sichtweisen, denen gemäß der „Zusammenbruch“ der DDR letztlich das Ergebnis einer systemtheoretisch erklärbaren Gesetzmäßigkeit gewesen ist und ‚*der* Theologie‘ ohnehin keine handlungsleitende Relevanz zukommt⁸⁶, werden im Grunde alle

83 Vgl. v. a. *Schönherr*, Vor fünfundzwanzig Jahren (wie Anm. 51); *Ders.*, Kirche (wie Anm. 27); *Krusche*, Werner: 6. März 1978–1988 – ein Lernweg. In: Sekretariat des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, Anpassung (wie Anm. 44), 33–60.

84 Vgl. z. B. *Schönherr*, Zeit (wie Anm. 24); *Ders.*, Interview 1997 (wie Anm. 27); *Mau*, Eingebunden (wie Anm. 27); *Ders.*, Weg (wie Anm. 33); *Krusche*, Werner: Weg- und Arbeitsgemeinschaft. Ein Rückblick auf 21 Jahre im Bund der Evangelischen Kirchen. [überarbeiteter Abdruck des Synodalvortrags, gehalten auf der 3. Tagung der VI. Synode des BEK, 22.–24.2.1991]. In: Seidel, Jahre (wie Anm. 11), 109–140.

85 *Graf*, Friedrich-Wilhelm: Traditionsbewahrung in der sozialistischen Provinz. Erste Überlegungen zur Deutung der „Kirche im Sozialismus“. In: Rendtorff, Revolution (wie Anm. 55), 254–280 [293], Zitate 270 u. 280.

86 Vgl. u. a. *Richter*, Hedwig / *Pollack*, Detlef: Protestantische Theologie und Politik in der DDR. In: HZ 294 (2012), 687–719.

damaligen Beteiligten diskreditiert. Diese Geschichtsdeutungen zeigen, dass Pauschalisierungen der im DDR-Protestantismus vertretenen Positionen nicht nur Verzeichnungen der historischen Situation darstellen, sondern regelmäßig für Geschichtskonstruktionen stehen, die in merkwürdiger Kontinuität zu marxistischen Geschichtsdualismen und -teleologien ganz offensichtlich gegenwärtige (kirchen-)politische Positionen untermauern (sollen)⁸⁷.

87 Vgl. zu diesem Zusammenhang *Stengel, Friedemann*: Aufgearbeitete Vergangenheit? Kirche in der DDR als Problem der Kirche heute. In: Domszen, Michael / Evers, Dirk (Hg.): Herausforderung Konfessionslosigkeit. Theologie im säkularen Kontext. Leipzig 2014, 111–147; *Ders.*: Kirchen-DDR-Geschichte zwischen Gedächtnispolitik und Erinnern. In: *epd Dokumentation* 40 (2015), 4–15.